

KOOPERATIONSVEREINBARUNG

zwischen SPD und GRÜNEN
für die Wahlperiode 2009 bis 2014
des Rates der Stadt Gladbeck



PRÄAMBEL

Die Stadt Gladbeck steht vor schwierigen Herausforderungen: Eine Wirtschaftskrise, deren Auswirkungen wir auch vor Ort spüren werden, noch nicht bewältigter Strukturwandel im Ruhrgebiet, dramatische demographische Veränderungen und Kommunalfinanzen, die kaum noch Handlungsspielräume bieten, setzen die Rahmenbedingungen für die kommunalpolitische Arbeit der kommenden Jahre.

Auf der Grundlage des Kommunalwahlergebnisses vom 30. August haben sich Sozialdemokraten und Grüne in Gladbeck entschlossen, gemeinsam mit dem direkt gewählten Bürgermeister Ulrich Roland und den MitarbeiterInnen der Stadtverwaltung diese Herausforderungen anzunehmen und gemeinsam im Rahmen kommunaler Möglichkeiten zu einer positiven Entwicklung unserer Stadt beizutragen. Im Zentrum der rot-grünen Zusammenarbeit stehen die weitere Modernisierung der Bildungslandschaft, der Erhalt der sozialen Infrastruktur und der Schutz der natürlichen Ressourcen.

„Im Zentrum der rot-grünen Zusammenarbeit stehen die Modernisierung der Bildungslandschaft, der Erhalt der sozialen Infrastruktur und der Schutz der natürlichen Ressourcen.“

Im Folgenden stellen wir einige wichtige Eckpunkte und Initiativen unseres beabsichtigten gemeinsamen Handelns dar. Die Aufstellung erhebt jedoch keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

1. BILDUNG, FAMILIE, INTEGRATION

- a. Fortsetzung des Bündnisses für Familie – Erziehung, Bildung, Zukunft mit weiterhin angemessener finanzieller Ausstattung
- b. Schulkonzept, das dem Willen der Eltern und SchülerInnen gerecht wird
- c. Weitere schulische Nutzung auslaufender/geschlossener Hauptschulen, z.B. auch für die bestehende Gesamtschule.
- d. Weiterer Ausbau des Ganztagsangebots an allen Schulformen (auch Ganztagsklassen)
- e. Förderung von Integrationsklassen für Kinder mit Behinderungen
- f. Einrichtung eines schulpsychologischen Dienstes (Landesförderung)
- g. Verstärkte Nutzung von Schulen als Stadtteilzentren (z.B. für Bildung, Beratung, Begegnung) beginnend mit der Albert-Schweitzer-Schule
- h. Für jedes Kind eine gesunde Mahlzeit
- i. Für jedes Kind ein Musikinstrument
- j. Für jedes Kind eine Sportart
- k. Schule in Bewegung („Jeden Tag eine Stunde Sport“) unter Mitwirkung des Stadtsportlehrers
- l. Konsequenter Ausbau der U-3-Plätze, flexiblere Öffnungszeiten in Kitas (Elternbefragung)
- m. Gebührenfreies Kindergartenjahr wird angestrebt

2. UMWELT, ENERGIE, KLIMASCHUTZ

- a. Prüfung einer Neuordnung der kommunalen Energieversorgung nach Auslaufen der ELE-Konzessionsverträge unter ökonomischen, ökologischen und sozialen Gesichtspunkten durch externen Gutachter, auch unter Beachtung regionaler Aspekte und vorhandener Vertriebsstrukturen
- b. Förderung von Bürgersolardächern / Programm „Jedem öffentlichen Dach seine Solaranlage“
- c. Erarbeitung und Umsetzung eines Klimaschutzkonzepts unter aktiver Beteiligung der Politik (Beirat)
- d. Fachkundige Begleitung bei der Ausschreibung des Stromlieferbedarfs (z. B. Städtetag, Bund der Energieverbraucher, Energieagentur, Greenpeace etc.)
- e. Bewirtschaftung der städtischen Wälder nach FSC-Standard
- f. Erarbeitung eines Handlungsplans zum Gewässerschutz auf ökologischer Basis

3. STADTENTWICKLUNG & WIRTSCHAFT

- a. Konsequente und zielgerichtete Umsetzung der Einzelbausteine und Projekte des integrierten Handlungskonzeptes Innenstadt; aktive Beteiligung der Politik durch die Schaffung eines neuen Ratsausschusses („Ausschuss für integrierte Innenstadtentwicklung“)
- b. Keine Erhöhung von Gewerbe- und Grundsteuern
- c. Kein zentrenrelevanter Einzelhandel außerhalb der Stadt(teil)zentren (Versorgungsbereiche); Regional abgestimmte Anforderung an Fachmärkte und Discounter (Baukörpergestaltung, Werbung, Parkplätze, Begrünung); klare Beschränkung von Discountern auf Lebensmittelangebote und Kontrolle der Randsortimente und Aktionswaren
- d. Bauliche Aufwertung der zentralen Eingangsbereiche zur City: Hochstraße, Oberhof, Horster Straße
- e. Schließung der Unterführung an der Humboldtstraße und Schaffung eines bedarfsgerechten oberirdischen Durchgangs, Goetheplatz als Familienplatz
- f. Initiative zur Umsetzung der Immobilien- und Standortgemeinschaft (ISG) Horster Straße
- g. Städtebauliche Neuordnung des Quartiers rund um das Schönhoff-Gebäude (heute Robertos Shop, zuvor P&C), gegebenenfalls durch Ausweisung als Sanierungsgebiet
- h. Ausbau von Stadtteilplätzen, die Quartiere städtebaulich aufwerten und die Funktionen befördern, die sich nicht allein auf das Parken beschränken (Aufenthalt, Kommunikation, Begrünung etc.)
- i. Erhalt des Gartenstadtcharakters in vielen Stadtteilen und Wahrung der regionalen Baukultur
- j. Mittelstandsfreundliche Verwaltung durch den Einsatz von Business-Lotsen
- k. Spezielle Angebote zu Förderung von Unternehmen, die von MigrantInnen geführt werden

4. VERKEHR

- a. Ohne Tunnel keine A52; der beschlossene Forderungskatalog des Rates gilt weiterhin
- b. Initiative zur Einrichtung einer Geschwindigkeitsüberwachung an der B224 als Sofortmaßnahme nach Bottroper Vorbild zur Erhöhung der Verkehrssicherheit (auch im Hinblick auf die schweren Unfälle im Bereich Goethe-/Grabenstraße)
- c. Prüfung einer Nutzung des Raumes unter der Asienbrücke als Parkraum zur Entlastung der Bahnhofstraße

- d. Bedarfsgerechtes Parkplatzangebot in der Innenstadt, z. B. durch Öffnung des Festplatzes mit Shuttleservice
- e. Erhalt und Durchsetzung bestehender Tempo-30-Zonen und verkehrsberuhigter Bereiche (Spielstraßen) sowie an Einzelstellen bedarfsgerechter Ausbau (u. a. Uechtmannstraße)
- f. Abschluss der Neugestaltung der Horster Straße bis zur Stadtgrenze
- g. Sanierung der Landstraße
- h. Errichtung eines Kreisverkehrs an der Kreuzung Kirchhellener Straße/Sandstraße/Hegestraße/Marcq-en-Baroeul-Straße
- i. Sicherung und Ausbau des Bahnangebotes inkl. der RB 43, Ausbau der Bahnhöfe Ost (Mitte) und Zweckel
- j. Förderung des Radverkehrs durch die verstärkte Sanierung von Radwegen und Schaffung von Radspuren und Radfahrstreifen im Rahmen des Radwegeprogramms
- k. Förderung des Fußverkehrs: kein Parken auf Gehwegen; weitere Anlage von Zebrastreifen z.B. an der Landstraße/Ringeldorfer Straße in Richtung Stadtteilpark Butendorf

5. WOHNEN

- a. Stärkere Anbindung der Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft Gladbeck an politische Vorgaben des Rates, Verankerung der Zuständigkeit des Haupt- und Finanzausschusses für Angelegenheiten der GWG in der Hauptsatzung
- b. Weitere Initiativen zur Beseitigung von Bauruinen
- c. Einrichtung weiterer Stadtteilhausmeister
- d. Unterstützung von Mieterbeiräten
- e. Förderung generationenübergreifender Wohnformen und alternativer Wohnmodelle für SeniorInnen (z. B. Alten-WGs)

6. SOZIALES, GESUNDHEIT, SPORT

- a. Stärkung der Fachbereiche „Senioren“ und „Gesundheit“ durch die Schaffung eines Ausschusses für Soziales, Senioren und Gesundheit mit adaptierter Mitgliedschaft des Seniorenbeirats und von Ärzten des Gesundheitsamtes an Stelle des bisherigen Sozialausschusses
- b. Förderung ehrenamtlichen Engagements, u. a. durch Einführung einer Ehrenamts-Card
- c. Unentgeltliche Nutzung städtischer Sportstätten erhalten
- d. Mehr Bewegungsräume für SeniorInnen schaffen

- e. Angebote zur Ausübung alternativer und vereinsunabhängiger Sportarten verbessern
- f. Einsatz für den Erhalt des BIP (Beratungs- und Infocenter Pflege) in Gladbeck
- g. Initiative zur Übernahme der Kosten für freie Gesundheitsmittel von SGB2-Empfängern durch die Vestische Arbeit

7. KULTUR

- a. Attraktivierung des Stadtmuseums Wittringen
- b. Öffnung und Aufwertung des Umfeldes der Maschinenhalle Zeche Zweckel
- c. Initiative zur Einbeziehung der Maschinenhalle in die „Route der Industriekultur“
- d. Vernetzung Gladbecker Industriekultur zu einer lokalen Route für Radfahrer und Fußgänger
- e. Neugestaltung des Rathausparks als Kultur- und Skulpturengarten, auch im Rahmen der RUHR.2010

8. BÜRGERNAHE VERWALTUNG, FINANZEN

- a. Fortsetzung einer nachhaltigen kommunalen Finanzpolitik mit dem Ziel des Haushaltsausgleichs
- b. Keine betriebsbedingten Kündigungen bei der Stadtverwaltung
- c. Ausbau interkommunaler Zusammenarbeit auch über die Kreisgrenzen hinweg
- d. Ausbau der Internetangebote der Verwaltung (z.B. digitaler Bauantrag)
- e. Freier Zugang zu allen öffentlichen Gutachten in Stadtbibliothek und Internet
- f. Faire Beschaffung (soziale und ökologische Kriterien bei städtischen Einkäufen)

9. VERFAHRENS- UND STRUKTURFRAGEN

- a. Die VertreterInnen von SPD und Grünen stimmen sich vor allen Sitzungen des Rates und der Ausschüsse ab. Unterschiedliches Abstimmungsverhalten ist zu vermeiden. Im Konfliktfall werden die Fraktionsvorstände einbezogen. Vorschläge zur Tagesordnung werden im Vorfeld miteinander abgestimmt und gemeinsam eingebracht.
- b. In Fällen, bei denen ein Dissens festgestellt wird, kann sich jede Fraktion bemühen für ihre Position Mehrheiten zu finden.

- c. Die VertreterInnen von SPD und Grünen stimmen sich vor allen Sitzungen des Rates und der Ausschüsse ab. Unterschiedliches Abstimmungsverhalten ist zu vermeiden. Im Konfliktfall werden die Fraktionsvorstände einbezogen. Vorschläge zur Tagesordnung werden im Vorfeld miteinander abgestimmt und gemeinsam eingebracht.
- d. In Fällen, bei denen ein Dissens festgestellt wird, kann sich jede Fraktion bemühen für ihre Position Mehrheiten zu finden.
- e. Etatberatungen führen die Fraktionen zunächst einzeln intern durch. Danach erfolgt die Abstimmung der Vorschläge durch die Fraktionsvorstände und die gemeinsame Einbringung von Änderungsanträgen
- f. SPD und Grüne bilden eine gemeinsame Liste für die Wahl der stellvertretenden BürgermeisterInnen. Dabei nimmt ein Personalvorschlag der SPD den ersten, ein Personalvorschlag der Grünen den zweiten Platz ein.
- g. Es wird ein neuer „Ausschuss für integrierte Innenstadtentwicklung“ geschaffen sowie anstelle des bisherigen Sozialausschusses ein „Ausschuss für Soziales, Senioren und Gesundheit“ geschaffen. Der HFA soll künftig 16 Mitglieder (plus Bürgermeister) erhalten. Alle anderen Ausschüsse bleiben in bisheriger Größe erhalten.
- h. SPD und Grüne greifen, sofern keine Einigung mit der CDU erzielt werden kann, gemeinsam auf die Ausschussvorsitze zu. Dabei soll möglichst der Vorsitz des Umwelt-/ Betriebsausschusses an die Grünen fallen, notfalls ist Verständigung über einen anderen Ausschussvorsitz zu erzielen.
- i. In dem Ausschuss, dessen Vorsitz von den Grünen gestellt wird, erhalten diese zusätzlich einen Sitz (plus Stellvertretung) auf der Liste der SPD.

10. DISSENS

- a. Dissens besteht bei der Beleuchtung der Marathonbahn, die von SPD befürwortet und Grünen abgelehnt wird. Man einigt sich auf eine Minimierung der negativen Folgen durch entsprechende Leuchtgestaltung (z. B. bodennahe Anordnung; Natriumdampf-niedrigdruckleuchten, Lichtpegel ausschließlich nach unten) und Beschränkung der Leuchtzeiten auf die Monate Oktober bis April (bis max. 22 Uhr). Gleichzeitig Abschaltung nicht notwendiger Beleuchtung der Stadiontribüne außerhalb der Nutzungszeiten. Die Maßnahme ist intensiv mit der unteren Landschaftsbehörde abzustimmen.
- b. Dissens besteht bei der Marktplatzbeparkung. Im Zusammenhang mit der notwendigen Neuordnung des Umfelds wird das Thema erneut diskutiert.

SPD GLADBECK, 29.10.2009

GRÜNE GLADBECK, 29.10.2009

